

Severing, Braun und Co. erklären vor dem Reichsgericht:

# „Wir nehmen es an Reichstreue mit jedem auf“

Seipzig, 11. Oktober. (Sig. Drahtbericht.)

Vor dem Staatsgerichtshof begann gestern die Verhandlung der früheren Preußenregierung gegen die Reichsregierung wegen der Vorgänge am 20. Juli. Die Ausführungen der Professoren und Rechtsgelehrten, die für die beiden Regierungen vor dem Reichsgericht erschienen, drehten sich fast ausschließlich um die Frage, wer die Kommunisten besser bekämpft habe und bekämpft. Der Vertreter der früheren Preußenregierung, Braut, betonte immer wieder, daß niemand die Kommunisten so hart bekämpft habe wie Severing und Geiselschlag. Mit erhobenem Stimme sagte er den Vertretern der Reichsregierung:

„Haben Sie die Kommunisten verbeten oder ausgepeert? Haben Sie nicht zugelassen, daß Frau Jettin aus Moskau den Deutschen Reichstag eröffnet?“

Der Vertreter der Reichsregierung, Gottheimer, stellte die Behauptung auf, es sei dem preußischen Ministerpräsidenten Braun nur auf die Gehaltszahlung angekommen. Daraufhin verlas der Vertreter Preußens einen Brief von Braun, in dem es heißt:

„Über 10 Jahre lang habe ich die Reichspolitik ohne Rücksichtnahme auf die Zusammenhänge der Reichsregierung — oft auch unter Schädigung der Werbestellen meiner Partei — unterstützt, die im Reichstag Reichsmassnahmen bekämpfte, die ich im Reichsrat im Interesse der Arbeit zwischen Reich und Preußen unterstützte.“

Außerdem stellte Gottheimer die Behauptung auf, Severing sei mit der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen einverstanden gewesen. Daß Severing die Pläne der Papen-Schleicher-Regierung billigte, geht aus einer Erklärung hervor, die er heute früh gegenüber den Behauptungen Gottheimers veröffentlicht.

In dieser Erklärung heißt es: „Ich habe Herrn von Gaal in einem Gespräch lediglich gesagt, daß ich mit sehr wohl denken könne, daß nach dem Reichstagswahltag die Zeit reif sein werde, um einen Plan der Vermittlung näher zu treten, die im Sommer 1931 zwischen Ministerpräsident Braun und Reichstagspräsident Brüning erörtert wurden, nämlich in einer Personalakte zwischen Reich und Preußen eine Zusammenlegung der Ministerien herbeizuführen.“

Daraus ergibt sich einwandfrei, daß Severing mit den Plänen der Papen-Schleicher-Regierung zur Reichsreform völlig einverstanden ist.

Das ist insofern noch von besonderer Bedeutung, als durch diesen Brief erwiesen wird: Severing hat von den Plänen der Papen-Schleicher-Regierung nicht nur gewußt, sondern er hat diese Pläne sogar vollkommen unterstützt.

Damit werden auch die in der Arbeiterstimme un-

längst veröffentlichten Enthüllungen über eine Rede Toni Senders vor Dresdner SPD-Funktionären, wo sie sagte, daß Severing schon lange vor der Preußenaktion der Papenregierung davon Kenntnis gehabt hat, vollkommen bestätigt.

Wenn die ehemaligen sozialdemokratischen preußischen Minister jetzt vor dem Reichsgericht klagen, so dient das lediglich dem Zweck, die Reichsregierung die tatsächliche Unterstützung des sozialistischen Umsturzes vom 20. Juli in Preußen zu beschönigen. Aber dieser neue Versuch an den Arbeitern wird ihnen nicht gelingen. Nichts anderes als die widerwärtige Spielerei zum Zweck der Verhöhnung des Reichsgerichts wird es sein. Die SPD-Minister von Preußen geben eine Erklärung, in der es heißt:

„Preußen will keinen Angriff gegen den Herrn Reichsprä-

äsidenten richten. Die preußischen Staatsminister haben keinen Zweifel an dem grundsätzlichen Willen des Herrn Reichspräsidenten, die Verfassung zu wahren. Sie sind alle Mitglieder des Herrn Reichspräsidenten und sie haben mit allen Kräften sich für die Wahl eingesetzt und halten dem Herrn Reichspräsidenten die Versicherung, die ihm als deutschem Reichsoberhaupt gebührt.“

Severing und seine Kollegen ist nicht die politische Zweckmäßigkeit des Vorgehens der Reichsregierung, sondern lediglich die rechtliche Zulässigkeit ihres Verfahrens.

Gegenstand des Streites ist vor allem die Bestrafung Severing und seiner Minister von dem die Ehre des Landes und seiner Vertreter aus tiefster schmerzlicher Überzeugung, daß das Land Preußen die ihm nach der Reichsverfassung und dem Reichsgesetz obliegenden Pflichten nicht erfüllt habe und daher suspendiert werden könne. Preußen und die preußischen Minister nehmen es an Reichstreue mit jedem auf, sei es, wer er wolle.“

Mit dieser Erklärung wird der ganze Kummel vor dem Reichsgericht am allerersten Tag gefangen.

SPD-Arbeiter — wollt ihr auch „an Reichstreue“ mit Herrn Papen teilnehmen? Nein! Ihr müßt euch auf eure Klassenfront verlassen und in der Einheitsfrontaktion, im außerparlamentarischen Kampf gegen die sozialistische Reaktion mit den Kommunisten marschieren.

## Nazi-Röhm — Reichsbannergeneral und die „Volkszeitung“

### Erfolgsloses Bemühen der Dresdner SPD-Zeitung, die Burgfriedensverhandlungen zwischen Nazis und Generalen der „Eisernen Front“ abzubrechen

Sie und wieder verbrannt sich die „Dresdner Volkszeitung“ die Finger an heißen Eisen. So auch gestern, wo sie versucht, ein bißchen unermittelt war, aber mit um so größerem Aufwand an bösesten Schimpereien die „Eiserne Front“ unter Beweis zu stellen. Neben kommunistischen Feitstellungen über die Ausschüttung des bisherigen Gauleiters des Berliner Reichsbanners, Stellung, spielt dabei jene Geheimrede zwischen dem Reichsbannführer Röhm und dem Reichsbannern General Kurt von Hammerstein, die im Verlauf des Prozesses über die Heime im Münchener Haus aus Tageslicht gekommenen Geheimreden, soll durch hartnäckiges Verweigen und Verdrängen der SPD-Blätter verdrängt werden. Das Dresdner SPD-Blatt macht es dabei am dümmsten und lächerlichsten, da es natürlich außerstande ist, die unbestreitbaren Tatsachen lediglich zu wiederholen.

Statt einer fruchtlosen Diskussion mit der „Dresdner Volkszeitung“ darüber, wo die „Lügenquellen“ springen, wollen wir die von uns gemachten Feitstellungen durch einige neue Tatsachen erhärten, die den sozialdemokratischen Arbeitern beweisen, warum ihre Zeitung nur niederrichtiges Geschimpfe als „Argumente“ ins Feld zu führen vermag.

Um die Herstellung der antifaschistischen Kampffront

Der SPD-Hauptmann Röhm veröffentlichte am Sonnabend im „Völkischen Beobachter“ eine neue Erklärung auf das „Tement“ des Reichsbannernmajors Wagner. In dieser Erklärung hält Röhm alle seine ersten Behauptungen aufrecht, nämlich, daß die Geheimverhandlungen um die Frage eines Burgfriedens zwischen sich und Reichsbannern und um die Herstellung einer gemeinsamen antifaschistischen Kampffront geführt habe. Wagner erklärt Röhm, ein weiterer Punkt der Verhandlung sei gewesen:

„Verständigung über die eventuelle Verwendung an unserer Seite für den Fall einer erwarteten Veränderung der politischen Verhältnisse.“

Zwar sucht der Reichsbannernmajor diesen Punkt noch abzubrechen. Aber nachdem er bereits zugegeben hat, daß über den Burgfrieden und die antifaschistische Einheitsfront gesprochen wurde, wird wohl auch diese Mitteilung Röhm stimmen.

Und ist denn die Behauptung Röhm's wirklich so abwegig, daß die Geheimrede der Arbeiterklasse nicht schon hundertmal so vielen, daß die reformistischen Führer im Falle eines solchen Sieges offen ins Lager des Faschismus übergehen?

Trotz aller „Tement“ und „Erklärungen“ sind die tatsächlichen Umstände unbestritten und von allen Seiten zugegeben: Reichsbannern, und SPD-Führer haben Geheimverhandlungen gehabt mit dem Zweck, diese Verhandlungen fortzuführen. Reichsbannern- und SPD-Führer haben diese Verhandlungen vor den eigenen Mitgliedern verheimlicht, und haben somit die eigenen Mitglieder täuschend belogen und betrogen. Reichsbannern- und SPD-Führer lachten sich über eine gemeinliche Front gegen die revolutionäre Arbeiterklasse und die Sowjetunion zu verständigen. Zu diesem Zweck sollte der Burgfrieden zwischen Reichsbannern und SPD hergestellt werden. In diesen Tatsachen ist nicht zu zweifeln.

## SPD im Dienste englisch-amerikanischer Deliniquenz

Sie gestern war es der ausgetrocknete Bourgeoisentwurf unter Führung der Nazis, die Verhandlungen vorbereiten, gelegentlich auch die Verhandlungspartei gegen das lawastreffliche Delinquenten zu spielen, das bekanntlich in Deutschland durch die „Derop“ betrieben wird. Sinn und Zweck dieser Kampagne ist für die Arbeiter klar, denn der Terror aller dieser Kampagne ist immer wieder die verlogene Behauptung, daß die „Derop“ ein rein wirtschaftliches Unternehmen, eine „Brüderliche bolschewistische Aktion“ sei. Diese Fälschung soll die Arbeiter in die Irre führen und die englischen und amerikanischen Delinquenten, die sich die Hände in der Tasche lassen, um damit einen härteren Kampfszenario gegen das russische Del auf dem deutschen Markt zu führen.

Zur Zeit wird der Kampf um die Veränderung des russischen Dells vom deutschen Markt verfehrt geführt und die SPD-Blätter ihre bürgerlich-faschistischen Kollegen nicht mit einlassen. Sie bringen ihnen alle zu Hilfe und leisten die Verleumdungskampagne in der ihr eigenen kreppeligen „Volkszeitung“ voran die „Dresdner Volkszeitung“, die jene, für die demagogische Agitation ungenügende Enthüllungen über die Geheimverhandlungen zwischen ihren Führern und den Nazis, mit einem großen ungelieblichen Artikel weitmachen will, der unter der Überschrift: „Hinter den Kulissen der Derop“ in ihrer geliebten Ausgabe erschien. Daß auch dieser Artikel im Solde der englisch-amerikanischen Delinquenten steht, geht gleich aus der Einleitung hervor, in der es heißt:

„Die Derop ist die deutsch-russische Gesellschaft zum Vertrieb der Erzeugnisse aus den russischen Kupferminen in Deutschland. Die Gesellschaft hat es fertiggebracht, einen großen Teil des Kupfers und Desoxydations in Deutschland an sich zu ziehen.“

Trotz herricht aber großer Kummer auch bei den sozialdemokratischen Kollegen, die wahrscheinlich jetzt gegen die ganze Mühe den Blick der Deserterung und so fördern müssen. Und von dieser bösewilligen Feitstellung ausgehend, läßt sich dann die „Dresdner Volkszeitung“ von ihrem Köhler Bruderherz „Tement“ über angebliche Zustände in der bürgerlichen Drogenindustrie, mit dem der Nachweis geführt werden soll, daß die Derop ein „Terror für Sowjetbürger“ in Deutschland ist.

## Rote Betriebsräte

und revolutionäre Gewerkschaftler

betuchen die am Donnerstag, dem 12. Oktober, im „Trient“ in Dresden stattfindende, vom KGBB einberufene Versammlung

## 3 Nazibanditen ermorden ein Mädchen

Ein furchtbares Verbrechen, das von drei Nazibanditen verübt wurde, ist jetzt in Frankfurt a. M. aufgedeckt worden. Am 1. Mai d. J. wurde die Leiche der 19jährigen Hausangestellten Emma Busse aus dem Main georgen. Man nahm an, daß das Mädchen, das im Dezember 1931 verheiratet, Selbstmord verübt hat. Jetzt hat sich herausgestellt,

daß das Mädchen von dem 23jährigen Scharführer der Hitlerjugend, Robert Stübgen, gemeinsam mit zwei anderen Nazibanditen ermordet wurde.

Emma Busse hatte ein Verhältnis mit dem Nazibanditen und erwartete ein Kind. Um sich vor dem Altmuttergang zu drücken, beschloß der „aufbaumtliche“ Hitlermann, das Mädchen in den Main zu werfen. Er lockte seine Freundin nachts, nachdem er unmittelbar vor der geplanten Ermordung noch eine Liebesstunde mit ihr verbracht hatte, auf eine dunkle Mainbrücke und warf sie ins Wasser. Seine beiden Kumpane halfen bei dem Verbrechen, das gemeinsam verübt wurde. Schmirer.

Diese schreckliche und gemeine Tat ist ein neues Nachschub für die Hitlerische SA. Solche Leute, wie der Räuber Stübgen, sind besonders geeignete Exzelsier für die Hitlerjugend.

## Nazibanditen hauen

Am Montagabend wurde im Nordhafen Berlins ein Reichsbannernmann hinterhältig von Nazis überfallen, zu Boden geschlagen und mitgeholt. In der Arbeiterkategorie wurde eine 43jährige Arbeiterfrau von etwa 10 Nazibanditen zu Boden geschlagen.

Eine Charlottenburger Versammlung der Sozialnationalen wurde gestern erneut durch eine von Goebbels organisierte Terrorgruppe gehöhnt.

Bei der Trauung eines SA-Mannes in Hannover kam es zu einem blutigen Überfall gegen einen Kirchenbischöf. Die Kräfte auf den Mann, schlugen ihn blutig und schafften ihn in einen Nebenzimmer, wo er schließlich mitgeholt wurde. Der Herrscher der Kirche, der selbst Faschist war, unternahm nicht das geringste gegen den blutigen Überfall.

## Goebbels organisiert Terrorrubben

Die Papen-Schleicher-Regierung läßt durch das halbamtliche Contidra eine Erklärung veröffentlichen, in der einwandfrei die Schuld der Nazis an den zahlreichen Mordüberfällen der letzten Zeit festgestellt wird. Es heißt in dieser wichtigen Erklärung:

„In politischen Kreisen führt man diese, sich häufenden Verbrechen, Mordaktionen zu terrorisieren, auf nationalsozialistische Terrorgruppen zurück, deren Gründung man dem Abgeordneten Dr. Goebbels ... in erster Linie zuschreibt. Um die Jugendlichkeit dieser Leute zu heucheln (verheimlichen), läßt man sie aus der Partei austreten.“

In der Erklärung heißt es, der Zweck dieser planmäßigen Terroraktionen sei, die Wahlen zum Reichstag zu verhindern.

Es ist außerordentlich bezeichnend, daß die Regierung Papen-Schleicher den Wert über die Terrorgruppen der Nazis sagte, als die Nazis Arbeiter ermordeten, als von den Naziterrorgruppen Gewerkschaftsführer und Arbeiterlokale verbrannt wurden. Da heute die Papen-Schleicher-Regierung nicht erst jetzt, sondern aus der Zeit der Mordaktionen die Nazis ein paar hundert Verfassungen gestiftet haben, läßt sich die Regierung bemühen, das Bestehen der Terrorgruppen der Nazis ausdrücklich zuzugestehen.

Wichtigsten, antwortet den Terrorbanden durch verstärkten Massenrückzug! Bist die Papen-Nazis nicht aus dem Reich!

## Schafft Munition für den roten Freiheitskampf!

### Stärkt den Kampffonds der Kommunistischen Partei. Sammellisten und -marken in Betrieb und Kontor, in Arbeiterquartier und Stempelstelle und auf das Land!

Wieder werden Millionen Mark von den bürgerlichen Parteien, von der SPD bis zu den Nazis, zum erneuten Marktbetrag, zur Verklärung der Werttätigen in diesem Wahlkampf angewandt. Die Bourgeoisie gibt die ungeheuerlichen Geldmittel nicht umsonst, weil sie doch, daß diese Parteien sich will und ganz für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung einsetzen.

Da die finanzielle Kraft der einzigen Arbeiterpartei, der SPD, sich in den letzten Monaten die größten Aufschwüngen stellt worden. Gegen die Verleumdung der Unternehmer, gegen die Millionen Wahlgelder der Parteien des Volksbetruges ist es jedoch die proletarische Opferbereitschaft aller bereit, denen das brutale System nur Hunger, Not und Verzweiflung bringt, aller bereit, die kampfbereit für den Sozialismus und für die Freiheit einzusetzen.

Im Zeichen der Einheitsfrontaktion kämpfen die werttätigen Massen gegen die Kapitalistenverbände, nicht die Streikmächte gegen die notleidenden Lohnarbeiter, werden sich immer loslösen Massen von den Parteien des Volksbetruges ab und haben zur Kommunistischen Partei.

Wir appellieren an alle Werttätigen: Bist gegen das Geld der Unternehmern und ihrer Parteien

die Millionen Fleunige und Großen der Werttätigen in Arbeit, Kontor, Verband und Stempelstelle! Kleinverwerber! Den Kampf der Arbeiterklasse ist unser Kampf!

Stärkt den Kampffonds der Kommunistischen Partei!

Jeder Fleunig ein Helfer im Kampf gegen Hunger und Papenblut! Jeder Fleunig hilft, den Befreiungskampf der Werttätigen organisieren!

Werttätige! Nicht euch ein in die Einheitsfront zum Kampf gegen Hunger und Papenblut! Gegen jeden Fleunig Lohn- und Gehaltsabbau, gegen jede weitere Verschlechterung eurer Lebensbedingungen!

Für seine Partei gibt jeder, wirbt jeder und sammelt jeder!

Sammellisten und Marken für den Kampffonds der Einheitsfrontaktion in jedem Betrieb, jedes Kontor, jede Stempelstelle, jeden Verband und auf das Land.

Hör zu uns! Im Kampf für die Arbeiter- und Bauernrepublik!

Wählt Kommunisten. Liste 3!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands